

Der Umgang mit rechtsextrem organisierten Studierenden: Stellungnahme von Lehrenden des Instituts für Soziale Arbeit aus aktuellem Anlass

Menschen, die sich für ein Studium der Sozialen Arbeit entscheiden, haben in der Mehrzahl eine starke Gerechtigkeitsorientierung. Sie wollen professionelles Helfen lernen, Erfahrungen sammeln und sich auf den Alltag in der Praxis so vorbereiten, dass sie im Sinne der Profession und Disziplin handeln können. Auf diesem Weg wollen wir als Lehrende und Wissenschaftler*innen unsere Studierenden unterstützen: Gemeinsam geht es uns um Lehr-Lernbeziehungen, durch die sich Studierende theoretisches und methodisches Wissen und Können aneignen und einen professionellen Habitus ausbilden können. Dadurch erlangen sie die Fähigkeit zum professionellen Handeln, um sich wirksam für die Prinzipien der Sozialen Arbeit, wie z.B. soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, eine demokratische Alltagskultur und die gemeinsame Verantwortung und Achtung von Vielfalt und Diversität, in unserer Gesellschaft einzusetzen. Unser Ziel am Institut für Soziale Arbeit ist es dementsprechend, Fachkräfte zu qualifizieren, die sich diesen ethischen Prinzipien der Sozialen Arbeit verpflichtet fühlen und sich als Professionsangehörige gegen menschenfeindliche und diskriminierende Positionen stellen.

Im Widerspruch hierzu gibt es vereinzelt Studierende, bei denen zumindest zum jetzigen Zeitpunkt infrage steht, ob ihre Haltung und ihr Handeln den professionsethischen Standards der Sozialen Arbeit entsprechen. Wir schreiben dieses Positionspapier aus aktuellem Anlass: Ein Student an unserem Fachbereich ist Mitglied der rechtsextremen Organisation „Identitäre Bewegung“ und übernimmt hier seit mehreren Jahren leitende Funktionen als Kader. Er positioniert sich medial und öffentlich (soweit uns bekannt: außeruniversitär) für diese vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppierung und tritt für deren Ideologie ein. Im Zusammenhang mit einer kritischen Debatte um restriktive, teilweise gewaltvoll disziplinierende und autoritäre Praktiken in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe in Brandenburg (vgl. Joswig/Kutter 2019a/b; dies. 2020) ist nun durch die Presse bekannt geworden, dass dieser Student in einer dieser Einrichtungen tätig war und dort mittlerweile beurlaubt wurde.

Als Lehrende am Institut für Soziale Arbeit sind wir in besonderer Weise gefordert, uns damit auseinanderzusetzen, wie Studierende die Fähigkeit zum professionellen Handeln entsprechend den berufsethischen Prinzipien entwickeln können. Hinter jeder professionellen Handlung steht eine persönliche und berufliche Haltung, beide Haltungen gehören zusammen. Risiken des Machtmissbrauchs in asymmetrischen Arbeitsbeziehungen, wie dies im oben genannten Fall nach momentanem Kenntnisstand geschehen ist, können nur dadurch verhindert werden, dass Studierende in die Lage versetzt werden, ihre persönlichen Erfahrungen und Werte in Beziehung zu den Wertorientierungen und Handlungsmaximen der Profession zu setzen und die hieraus resultierenden Wechselwirkungen zu reflektieren.

Unsere *primäre Aufgabe* sehen wir darin, am Institut für Soziale Arbeit eine Atmosphäre und Diskussionskultur zu fördern, in der sich Studierende und Lehrende für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen an der Hochschule einsetzen und für Demokratie, Vielfalt und Antidiskriminierung eintreten. Am Ende dieses Papiers benennen wir daher Maßnahmen, mit denen wir unsere Lehre und Arbeit am gesamten Fachbereich im Sinne von Primärprävention weiter ausbauen wollen. Bei dem in dieser Stellungnahme angesprochenen Problem rechtsextrem organisierter Studierender handelt es sich um Einzelfälle. Auch wenn dieses Problem nicht auf unseren Hochschulstandort begrenzt ist, wird es bislang meist beschwiegen. Unsere Intention mit diesem Papier ist es auch, eine aus unserer Sicht notwendige Diskussion hierüber an Studiengängen Sozialer Arbeit zu initiieren.

Seit mehreren Jahren ist zu beobachten, dass rechtsextreme Gruppierungen darauf abzielen, sich professionell im sozialen Bereich zu engagieren. Junge Menschen werden aufgefordert, diese Studiengänge zu wählen, um perspektivisch Einfluss auf Heranwachsende nehmen zu können (vgl. Lehnert/Radvan 2016: 109-120). In diesem Zusammenhang sind mehrere Hochschulen mit den hier beschriebenen Herausforderungen konfrontiert. Dabei zeigt sich fallübergreifend, dass sich rechtsextrem organisierte Studierende im Studium in den meisten Fällen eher unauffällig verhalten, obwohl – oder vielleicht auch gerade weil – einige von ihnen öffentlich sichtbare politische Akteur*innen sind. In der Hochschule ist ihre politische Orientierung oft nicht auf den ersten Blick erkennbar. Sie melden sich meist nicht dezidiert zu Wort und meiden Lehrende, die sich kritisch zum Thema Rechtsextremismus äußern. Vielleicht versuchen sie so ‚in Ruhe‘ ihr Studium zu absolvieren sowie die Akzeptanz und Unter-

stützung anderer Studierender zu bewahren. Insofern lässt sich ihr Verhalten mit dem Ziel, nicht mit ihrer Ideologie erkannt zu werden, auch als strategisch interpretieren. Unterstützung erfahren sie gegebenenfalls auch, weil ihnen gesellschaftsweite diskursive Veränderungen Rückenwind verschaffen und dazu beitragen, dass rechtspopulistische Einstellungen milieübergreifend mehr Zustimmung erfahren (vgl. u.a. Zick/Küpper/Berghan 2019; Decker/Brähler 2018).

Wir stehen als Lehrende und Wissenschaftler*innen für eine offene Streit- und Diskussionskultur, um alle Studierende zu den eingangs beschriebenen professionellen Selbstbildungsprozessen anzuregen. Personen aber, die für ihre menschenverachtende Ideologie öffentlich eintreten, die in einer rechtsextremen Gruppierung organisiert¹ und hier leitend tätig sind, verhindern eine solche Streit- und Diskussionskultur – für potentiell betroffene Personen – häufig durch ihre bloße Anwesenheit. Für Studierende, die sich von rechtsextrem organisierten Personen bedroht fühlen – ggf., weil sie außerhalb der Universität in der Stadtgesellschaft mit Alltagsrassismus oder rechtsextremen Akteur*innen konfrontiert sind –, geht es auch um Fragen des persönlichen Schutzes. Das gilt nicht nur aber besonders in Stadtgesellschaften, in denen entsprechende Gruppierungen aktiv sind.

Die Präsenz einer rechtsextrem organisierten Person im Raum kann für Studierende mit Diskriminierungserfahrungen und für demokratisch positionierte Studierende dazu führen, dass sie sich in Diskussionen zurückhalten. Es wirkt dann eine Atmosphäre der Einschüchterung, die – nimmt man entsprechende Forschung zu Diskriminierungen ernst –, letztlich die Lernchancen der Betroffenen einschränkt. Um sich die vielfältigen Themenfelder Sozialer Arbeit erschließen zu können, benötigen Studierende einen sicheren Lernraum, besonders, wenn es um die Auseinandersetzung mit Macht- und Diskriminierungsstrukturen sowie die eigene Involviertheit geht. Sind diese Lernräume nicht gegeben, können diese Auseinandersetzungen nicht geführt werden. Eine ausbleibende Thematisierung trägt dazu bei, Diskriminierungen zu normalisieren, die auf der Grundlage von Ideologien der Ungleichwertigkeit erfolgen. Die Anwesenheit von Personen mit extrem rechten Einstellungen in Lehrveranstaltungen widerspricht damit unserem Ziel, Fachkräfte zu qualifizieren, die sich den berufsethischen Prinzipien und den Menschenrechten als Leitidee der Sozialen Arbeit verpflichtet fühlen. Auch sind rechtsextreme Studierende – zumindest bevor sie sich nicht kritisch mit ihrer Überzeugung auseinandersetzen – kaum erreichbar für Diskussionen und alternative Deutungen; sie haben aufgrund ihres weitgehend geschlossenen Weltbildes wenig Zugang zur wissenschaftlichen Kultur des Zweifels und zu Lernprozessen. Die fehlende Kritikfähigkeit hinterlässt Spuren im akademischen Miteinander. Das Dialogische unserer Didaktik, die Absicht, den Studierenden Lern- und Bildungsprozesse zu ermöglichen, kommt hier an seine Grenzen. Gleichzeitig sind wir uns als Wissenschaftler*innen und Hochschullehrende der besonderen Bedeutung des Grundrechts auf Bildung bewusst. Bildung braucht Austausch und freie Meinungsäußerung. Mit unserer Profession haben wir uns für die besondere Achtung dieses Grundrechts entschieden.

Deutlich wird ein Dilemma. Alle Studierenden haben das Recht auf Bildung und Ausbildung, nicht nur weil es grundgesetzlich verankert ist, sondern weil dies auch unserer tiefen Überzeugung als Wissenschaftler*innen entspricht. Andererseits erkennen wir die Rechte potenziell von Gewalt und Bedrohung Betroffener an; ihren Schutz sicherzustellen, ist ebenfalls eine grundgesetzlich verankerte Aufgabe. Dieser Schutz beginnt für uns als Lehrende und Wissenschaftler*innen nicht erst an dem Punkt, wo rechtsextrem organisierte Personen andere Studierende diskriminieren oder in Einzelgesprächen

¹ Personen, die sich rechtsextrem äußern, sind je nach ihrer Eingebundenheit in ideologische und organisationale Zusammenhänge *unterschiedlich erreichbar* durch Bildungsangebote. Wir unterscheiden in Anlehnung an den Fachdiskurs und die Lehren aus der Anwendung des Ansatzes der akzeptierenden Jugendarbeit in den 1990er Jahren zwischen rechtsextrem orientierten und *organisierten Personen* (vgl. Radvan/Schäuble 2019) Orientierung für eine solche Unterscheidung können Typologien bieten, die für die Offene Jugendarbeit erstellt wurden (VDK/MBR 2006: 80-87). Sie ermöglichen erste Einschätzungen darüber, wie aussichtsreich didaktische Bemühungen erscheinen. Während überzeugte, organisierte, habituell gefestigte Personen und Funktionär*innen insbesondere in Gruppenkontexten kaum erreichbar sind, können in ihrer Meinung (noch) nicht gefestigte, *rechtsorientierte* Personen sich im Zuge von längerfristigen Prozessen der Selbstreflexion und Wissensaneignung im Rahmen eines Studiums neu orientieren. Vor diesem Hintergrund gilt es, überhöhte Wirkungserwartungen an unsere Lehre zu überdenken.

bedrohen (wie z.B. in 2018 an der Universität Bremen geschehen²). Als Sozialwissenschaftler*innen wissen wir, wie sehr die Angst vor Diskriminierung Studierende in ihren Lernmöglichkeiten einschränken kann. Deswegen ist eine freie und diskursive Lernatmosphäre besonders wichtig. Dies gilt umso mehr, wenn die BTU Cottbus-Senftenberg sich in einer Stadtgesellschaft befindet, in der völkisch autoritäre und extrem rechte Akteur*innen um Dominanz und Diskurshegemonie kämpfen und von Rassismus Betroffene im Alltag häufig Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen machen müssen.

Universität ist ein Raum, in dem kontroverse Diskussionen stattfinden. Ist dies nicht mehr möglich, sehen wir als Lehrende unsere Aufgabe darin, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, dies (wieder-) herzustellen und eine reflexive, diskussionsfreudige und diskriminierungskritische Lernatmosphäre für alle Studierenden zu ermöglichen. Dabei müssen wir sicherstellen, dass von Ausgrenzung betroffene und bedrohte Studierende den größten Schutz erfahren, indem wir sie unterstützen und deutlich zeigen, dass wir hierzu jederzeit bereit sind.

Für uns als Lehrende am Institut für Soziale Arbeit der BTU Cottbus-Senftenberg stehen Personen, die ein rechtsextremes Weltbild propagieren und sich in entsprechenden Gruppen engagieren, im Widerspruch zu den grundlegenden fachlichen und professionsethischen Standards Sozialer Arbeit. Über den Kreis der BTU Cottbus-Senftenberg hinaus ist es notwendig, dass wir uns in unseren fachwissenschaftlichen Gremien, insbesondere der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA), und der berufsständischen Vereinigung, dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH), über die Frage auseinandersetzen, ob ein Studium der Sozialen Arbeit mit dem politischen Engagement in einer Gruppierung der extremen Rechten vereinbar ist. Sozialarbeiter*innen/Sozialpädagog*innen unterstützen Menschen, die innerhalb eines rechtsextremen Weltbildes als Feinde, als minderwertig gelten.

Adressat*innen stehen oft in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Fachkräften der Sozialen Arbeit, professionelle Beziehungen basieren auf Vertrauen. In der Praxis besteht die Gefahr, dass Absolvent*innen mit einem rechtsextremen Weltbild die erlernten Fähigkeiten zum Aufbau professioneller Vertrauensbeziehungen missbräuchlich einsetzen.

Das beschriebene Dilemma zwischen der Gewährleistung des Rechts auf Bildung und des Rechts auf Schutz der Persönlichkeit können – und wollen – wir nicht ohne Weiteres auflösen. Als Lehrende sehen wir neben der Entwicklung eines professionellen Selbstverständnisses als Sozialarbeiter*in/Sozialpädagog*in aller Studierenden unsere Aufgabe darin, diejenigen Studierenden zu stärken, die sich für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen an der Hochschule einsetzen und für Demokratie, Vielfalt und Antidiskriminierung eintreten und eine entsprechende Atmosphäre am Institut für Soziale Arbeit zu fördern. Um diese Aufgabe zu erfüllen, werden wir anknüpfend an bereits bestehende Aktivitäten unsere curricularen Angebote um die folgenden Schwerpunkte erweitern:

- Wir machen gemeinsam mit Studierenden berufsethische Positionen in den Räumlichkeiten des Fachbereiches auf vielfältige Weise sichtbar und diskutieren sie als Lerninhalte in Lehrveranstaltungen. Wir konzipieren didaktische Entwicklungswerkstätten und Lernformate für den Umgang mit den beschriebenen Herausforderungen in Wissenschaft und Lehre.
- Wir führen die regelmäßige Ringvorlesung fort, deren Inhalte eine kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Rassismus,

² An der Universität Bremen hat die rechtsextrem organisierte Tochter einer NPD-Funktionärin Lehramt studiert. An der Universität war sie auf den ersten Blick unauffällig, privat war sie sehr aktiv in völkischen Milieus und hat u.a. entsprechende Erziehungsmethoden verbreitet. Auf den zweiten Blick hat sie an der Universität versucht, ihre Ideologie zu verbreiten, u.a. beim Thema „Gender“. In Zweiergesprächen hat sie – insofern sehr strategisch, als dass keine weitere Person Zeuge/in werden konnte – migrantische Studierende unter Druck gesetzt und bedroht. Dies wurde erst bekannt, als das Problem umfassender in der Institution thematisiert wurde. Bis dahin war niemand davon ausgegangen, dass die Person sich an der Universität so verhalten würde, sie galt als unauffällig und freundlich. Die Betroffenen trauten sich erst auf Nachfragen und einer zugesicherten Vertraulichkeit, über die erfahrenen Diskriminierungen und die Bedrohung zu berichten (Veranstaltung des StugA Bildungswissenschaften des Primar- u. Elementarbereichs der Universität Bremen vom 27.06.2018 zum Umgang mit rechten Studierenden an der Uni Bremen).

Antisemitismus und Antifeminismus) und Diskriminierungsmechanismen, mit Macht und Herrschaft und sozialer Ungleichheit zum Ziel haben.

- Wir entwickeln Formate zum Kennenlernen von Maßnahmen zur Gleichstellung und Antidiskriminierung.
- Wir unterstützen die Ansprechperson für Betroffene von Diskriminierung.
- Wir aktualisieren unsere Hausordnung und das Leitbild des Instituts für Soziale Arbeit und erarbeiten ein Schutzkonzept für Betroffene von Diskriminierung.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2018) (Hg.): Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen.
- Josweg, Gareth/Kutter, Kaija (2019a): Misshandlungen im Kinderheim. Hinter Milchglas, die tageszeitung 23.9.2019, <https://taz.de/Misshandlungen-im-Kinderheim/!5624827> (aufgerufen am 17.1.2020)
- Joswig, Gareth/Kutter, Kaija (2019b): Jugendheim in Brandenburg. In der pädagogischen Einöde, die tageszeitung, 16.11.2019, <https://taz.de/Jugendheim-in-Brandenburg/!5638451>, (aufgerufen am 15.1.2020)
- Joswig, Gareth/Kutter, Kaija (2020): Kinderheim in Brandenburg. Neustart nicht gelungen, die Tageszeitung, 20.1.2020, <https://taz.de/Kinderheim-in-Brandenburg/!5654774>, (aufgerufen am 4.2.2020)
- Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2016): Rechtsextreme Frauen. Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen.
- Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (Hrsg.) (2012): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen. Berlin. https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2012/08/MBR_HR_Jugendarbeit_Web.pdf [Zugriff: 31.10.2018].
- Radvan, Heike/Schäuble, Barbara (2019): Rechtsextrem orientierte und organisierte Studierende – Umgangsweisen in Hochschulen Sozialer Arbeit. In: Köttig, Michaela/ Röh, Dieter (Hg.): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation. Opladen/Berlin/Toronto, S. 216–227.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019) (Hg.): Verlorene Mitte-Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Herausgegeben für die Friedrich Ebert Stiftung. Bonn.

Cottbus, den 24.2.2020

Unterzeichnende: Prof. Dr. Stefanie Sauer, Prof. Dr. Heike Radvan, Prof. Dr. Birgit Behrensen, Prof. Dr. Annemarie Jost, Prof. Dr. Ulrich Paetzold, Prof. Dr. Norbert Pütter, Prof. Dr. Alexandra Retkowski, Andre Berndt (Dipl. SA/SP (FH)), Kathrin Coobs (B.A.), Doinita Grosu (M.A.); Katharina Hübner (M.A.), Gerd Kaufmann (M.A.), Stefanie Lindner (M.A.), Ralf Mahlich (M.A.), Christine Matt (M.A.), Ina Schäfer (M.A.).